

Volkswacht

Wagenpreise:
 Die Wagenpreise für den April 1919 sind wie folgt festgesetzt:
 für den April 1919 sind wie folgt festgesetzt:
 für den April 1919 sind wie folgt festgesetzt:

Wagenpreise:
 Die Wagenpreise für den April 1919 sind wie folgt festgesetzt:
 für den April 1919 sind wie folgt festgesetzt:
 für den April 1919 sind wie folgt festgesetzt:

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: In Danzig, Karolinenstraße 32. In Thorn, Baderstr. 23. **Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften** Telephon für Danzig: Redaktion 3285. Expedition 3290. Für Thorn: 851.

Ar. 92 Mittwoch, den 23. April 1919 10. Jahrgang

Volk von Westpreußen, auf zum Protest!

Um gegen die Pläne der Entente, durch einen Gewaltfrieden die Deutsche Republik zu vernichten, Protest zu erheben, wurde gestern diese einstimmig angenommene Entschliessung telegraphisch der Reichsregierung übermittelt:

Die am 21. April 1919 in Danzig tagenden Vertrauenspersonen des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Westpreußens erheben flammenden Protest gegen die beabsichtigte Vergewaltigung des deutschen Volkes durch die Entente bei den bevorstehenden Vorfriedensverhandlungen. Sie verlangen einmütig völlige Gleichberechtigung bei diesen Verhandlungen und uneingeschränkte Aufnahme in den Völkerbund. Die Konferenz fordert die Reichsregierung auf, entwürdigenden Friedensbedingungen ihre Anerkennung zu versagen und über dieselben eventuell eine Volksabstimmung herbeizuführen.

Mit der Entschliessung allein ist es nicht getan! Soll der Protest des westpreussischen Volkes Wirkung haben, so müssen sich am Donnerstag auf dem Heumarkt so gewaltige Menschenmassen einfinden, wie nie zuvor. Nur dann werden die Vertreter der Entente erkennen, daß sich das deutsche Volk nicht vergewaltigen läßt, nur dann wird vermieden werden, daß freie deutsche Arbeiter unter die Krute der polnischen Junker kommen! Arbeitsbrüder, rüstet zum Massenprotest! Wird Deutschland zerrissen, so sinkt die deutsche Republik zu einem ohnmächtigen Gebilde herab. Nur wenn sie unverfehrt bleibt, wird sie der Welt Befreiung bringen.

Der rechte Ton.

General Kudent hatte am 18. April der deutschen Botschaftskommission eine Note überreicht, in der die Entente um Entsendung von deutschen Delegierten zum 25. April nach Versailles ersucht wurde, um dort den von den alliierten und assoziierten Mächten festgesetzten Text der Friedenspräliminarien in Empfang zu nehmen, worauf prompt diese Drahtantwort von Berlin nach Paris ging:

Die deutsche Regierung wird die Herren Generalen von Daniel, Scheimann, Legationsschatzmeister von Keller und Wirklichen Legationsrat Ernst Schmitt zum Abend des 25. April nach Versailles entsenden. Die Delegierten sind mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet, den Text des Entwurfs der Friedenspräliminarien entgegenzunehmen, den sie alsbald der deutschen Regierung überbringen werden. Sie werden beauftragt sein, von zwei Unterbeamten, Herren Hofrat Walter Reimert und Major Alfred Köber, sowie von zwei Kanzleibekleideten, Herren Julius Schmidt und Kieckhoff.

Mit dem, was im Siegeswahn toll gewordene Ententeherren ertricht war es nichts: deutsche Arbeiter hielten sich nicht zur Verfügung um einen Diktatfrieden entgegenzunehmen, ohne auch nur ein Wort erwidern zu dürfen. Unsere Regierung wählte den einfacheren Weg. Sie kündigte die Entsendung eines Generalen und einiger zum Transparenz der Öffentlichkeit notwendigen Hilfskräfte an, die den Friedensvertrag in Empfang nehmen und nach Berlin bringen sollten.

Dadurch waren die Gewalttätigkeiten der Entente heftiger charakterisiert. Sie standen vor der Wahl, ihr Spiel fortzusetzen, ohne zu verhandeln, für immer den Vorfriedensvertrag durch die deutschen Boten nach Berlin zu senden und dadurch vor ihren Völkern alle Schuld für die daraus entstehenden Folgen zu übernehmen. Allen Umständen nach schiedten sie doch im letzten Augenblick davon zurück, auf diese Art die Dinge weiter zuzuführen und das verzweifelte deutsche Volk zum Neubeichten zu treiben. Wollte veröffentlichte gehen dieses Telegramm:

Berlin, 21. April. (B. I. V.) Aufstrebend an das deutsche Telegramm vom 1. 4. über den General Kudent gestern in Spa die Antwort der verbündeten und assoziierten Regierungen, worin die Entsendung von Bevollmächtigten nach Versailles, gefordert wird, die ebenso erwidert sind, die Gesamtheit der Friedenspräliminarien zu behandeln, wie die alliierten und assoziierten Regierungen. Hieran antwortete der Reichsminister des Auswärtigen: Die deutsche Regierung werde unumkehrbar in Bereitschaft sein, die Friedenspräliminarien der Verhandlungen über den Inhalt beizubehalten werden, als Delegierte die Reichsminister Graf Bernstorff, Landberg und Giesberts sowie Präsident Leinert, Dr. Reichler und Professor Schäfer entsenden. Wenn die Bewegungsfreiheit sowie freier Verkehrsverkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet werde.

Bu diesem Telegramm bemerkt die Deutsche Zeitung von heute früh ausdrücklich, daß die erste Abweisung der deutschen Delegierten, der sich vorzuzusetzen für bis sieben Protestdekrete anschließen werden, nicht abgehen soll, bevor Clemenceau sich zu der deutschen Antwortnote geäußert hat. Erhalte eine antwortende Antwort, dann könnte die deutsche Friedensdelegation vielleicht am 25. April abreisen, also frühestens am 1. Mai in Paris aufgestellten Friedensbedingungen in Empfang nehmen. Vor dem 2. Mai könnte man also in Berlin feststehende Kenntnis von dem Inhalt der feindlichen Vollmachten haben.

Die deutsche Regierung leidet also erst dann Unterdrückung nach Paris, wenn sie weiß, daß wirklich Friedenspräliminarien festgelegt sind und fest

die Herren von der Entente so lange warten, bis sie Klarheit aus Paris hat. Diese Entschiedenheit wird allenfalls im deutschen Volk freudig begrüßt werden. Nicht an uns liegt es, wenn sich dadurch der Abschluß des Friedens um einige Tage verzögert. Ganz allein die Entente trägt die Schuld, die ein Kulturvolk wie das deutsche, in ihrem verächtlichen Größenwahn zum Sklavenvolk erniedrigen möchte!

Behält die Regierung gegenüber den Zumutungen unserer Gegner den Ton der Mäßigkeit bei, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Der Protest der Räte.

Auf dem Rätekonferenz wurde die folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Der zweite Rätekonferenz erhebt schärfsten Protest gegen die Abweisung der deutschen Landesstelle gewalttätig der Republik abzurufen. Die Regierung wird ersucht, alle Mittel anzuwenden, um das unabsehbare Unglück abzuwenden, das durch gewalttätige Abweisung deutscher Gebiete vom Reich eintreten wird. Der Konvent appelliert an die Arbeiterkraft der alliierten Länder, auf ihre Regierungen in diesem Sinne einzuwirken.

Eingereicht wurde die Entschliessung durch die Delegierten der gefährdeten Gebiete. Herrn Hanke soll es nicht vergessen werden, daß er sich weigerte, diese Entschliessung zu unterzeichnen.

Und das sagt Lenin!

Ein russischer Genosse schreibt uns: Das Vernehmen Robert Schmidt bei der Verantwortung der sozialdemokratischen Lebensmittelpolitik (Schmidt) Worte gegen die Streiks abzugeben, sei auf Seiten der Unabhängigen die obliegende Aufgabe. Der Unabhängigen will man nicht verhehlen — aber es ist unethisch, daß man wirklich nicht verhehlen kann — daß das Streikrecht jetzt hauptsächlich einer Selbstverleugung der Arbeiter gleichkommt. Die Aufgabe der Führer besteht nicht darin, daß man sich den Massen und ihren Forderungen nachzugeben hat. Das der Führer die Pflicht hat, zu warnen und sich erdrosselndemfalls unter Zurücklassung seiner ganzen Kraft der Strömung entgegenzusetzen, davon haben diese Art von Führern keine Ahnung. Dafür haben sie kein Herz. Sie sollen dann wenigstens bei Lenin lernen, wie sich ein Führer zu verhalten hat, wenn er gegen etwas ankämpft, was ihm in den eigenen Reihen als schädlich erscheint. Hier nur ein Beispiel:

In der „Pravda“ vom 19. September 1918 veröffentlicht Lenin einen Artikel, betitelt: „Nieder den Charakter unserer Presse“, in dem er über die bolschewistische Presse ein vernichtendes Urteil ausspricht. Wir wollen aber davon absehen, und nur die Stelle anführen, in der Lenin u. a. auch über Streikende folgendes sagt:

„Behebt denn der Klassenkampf in der Zeit des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus — wie Lenin aus — nicht darin, daß die Interessen der Arbeiterklasse vor jenen Günstigen, Gruppen oder Schichten von Arbeitern geschützt werden, die hartnäckig an den Traditionen des Kapitalismus festhalten und den Sozialisten nach der alten Art antworten: „Ihr, dem Staat, möglicherweise weniger und schlechte Arbeit zu leisten, aber möglichst viel Geld von ihm zu erhalten.“ Gibt es denn weniger berattiger Schulen („Rechtswesen“), so zum Beispiel unter den Schichten der Sozialdemokraten, unter den Arbeitern der Formosa, der Palilowa-Werke usw.? Die viele von dieser Art haben mir schon besannt, wie viele an den Fingern abzählbar!

Die Presse aber klammert sich darüber aus. Und wenn sie schon schreibt, dann nach Art der offiziellen Blätter, ganz beamtenmäßig, nicht wie eine revolutionäre Presse sein sollte.“

Berni. Mr Unabhängigen, die Ihr in großen Respekt vor dem russischen Experiment habt, bei Lenin, wie Revolutionäre den Massen gegenüber aufzutreten.

Mit der Strenge der Diktatur

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Rätepublik, Alexander Garbat, hielten die Bundesgewerkschaften eine Sitzung ab. In der Volkskommission Herr Herrschob, die Eintätigkeit der Gewerkschaften müsse gewahrt bleiben und Eindringlinge müsse man mit der Strenge der Diktatur entfernen machen. Gegenüber jenen, die Störungen hervorgerufen werden, werde ohne Barmherzigkeit vorgegangen werden. Sollte es sich zum zweitenmal ereignen, daß einzelne Gruppen Sonderaktionen begünstigen, so werde die Proletarierdiktatur diesen gegenüber bis zur Todesstrafe inhumanitätslos vorgehen.

Wie das gemeint ist, erweist man aus einem Bericht aus Dedenburg. Dort hatte am 4. April die Bürgerwehr von Dedenburg, unter ihnen viele Parteimitglieder und Weingartenbesitzer aus der Umgegend eine Versammlung abgehalten, um zu beratschlagen die jüngsten Vorfälle geschaffenen Saas Stellung zu nehmen. Nach der Versammlung seien die Teilnehmer in geschlossener Truppe zum Rathaus. Dem Haus traten Soldaten der Rote in Garde entgegen, die die Menge aufforderten, auseinanderzugehen. Der Aufforderung wurde nicht sofort Folge geleistet und es soll auch ein Stein gegen die Soldaten geworfen sein. Die Soldaten haben hierauf mehrere Schüsse ab, eine Panik entstand und alles flüchtete in die nächstgelegenen Häuser. Am Platz blieben vier tote und sechs verwundete Bürger. Auf Verordnung des politischen Bevollmächtigten Köhler müssen von der Bewohnerheit alle Waffen abgeliefert werden. Wer die Ablieferung verweigert oder Waffen verbirgt, wird mit dem Tode bestraft. Die Rätepublik ist sehr empfindlich gegen ihre Kritiker und Gegner.

Ende des Angestelltenstreiks

Berlin, 22. April. Ueber die Beendigung des Angestelltenstreiks sind heute in den einzelnen Betrieben Abschlüsse eingegangen. Die Wiederannahme der Arbeit wird überflüssig morgen erfolgen.

Durch die Beilegung des Berliner Angestelltenstreiks, die noch mühevollen Verhandlungen unmittelbar vor dem Ende, in eine neue, bessere Geis für unter richtigeres Wirtschaftliches behaupten werden. Der Streik der Angestellten in der Berliner Reichshauptstadt droht sich zu einem Generalkrieg sämtlicher Berliner Angestellten auszuweiten — schon waren auch die Warenhändler, einige Tage geschlossen — und der Streik der Bankbeamten erst im Aufbruch. Katastrophen müßten aus diesen Umständen einen Generalkrieg der Angestellten und Arbeiter in Berlin, womöglich auch in ganz Deutschland, erwarten. Wie es kann ja auch kein Zweifel darüber bestehen, daß mancher Streik, die hinter den Kulissen arbeiten, eine solche Entwicklung der Dinge kann, vollkommen gewesen wäre. Während des ganzen Streiks gab es unter der Oberfläche und unaussprechend ein dauerndes Ringen zwischen den wirklichen Angestelltenvertretern die darauf bedacht waren, durch Erhaltung bestehender Verhandlungen den Streik baldmöglichst zu Ende zu bringen, und jenen feindlichen Elementen, denen der Streik schon zum Selbstzweck geworden ist, die nur daran denken, wie man der Regierung einzuwirken könne, ohne sich um geringsten darum zu kümmern, was mittelverweise aus dem deutschen Volk wird.

Den Besonnenen Angestelltenvertretern gelang es, einen großen Erfolg für ihre Arbeiterbrüder

heimzubringen. Das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Neueinstellungen, Kündigungen und Entlassungen ist gesichert. Bei Einstellung von Angestellten mit einem Einkommen bis 10000 Mark steht dem Angestelltenauschuss ein Einwirkungsrecht zu. Bei Einstellung von Betriebsleitern ist der Vertrauensmann des Angestelltenauschusses heranzuziehen. Dadurch, daß für diesen Vert dementsprechend ein Alter von mindestens von 25 Jahren und dreijährige Dienstzeit im Betrieb erforderlich wird, wird der Gefahr vorbeugt, daß unzuverlässige und nicht vertrauenswürdige Elemente auf in der Leitung der Betriebsleiter Einfluss erlangen. Wird keine Einigung erzielt, so ist der Schlichtungsausschuss anzurufen. Rechtliche Bestimmungen sind für Kündigungen und Entlassungen getroffen. Das Mitbestimmungsrecht ist hier an seine Geltungskraft gebunden. In Fällen von besonders großen Betrieben wie Eisenwerksbetrieben und Zementwerken, bleibt die Betriebsleitung zu sofortiger Entlassung berechtigt.

Durch die Einigung in Berliner Angestelltenstreik ist ein Teil jener komplizierten Materie herausgearbeitet, die man als die Sozialisierung der Betriebe zu bezeichnen pflegt. Die Regelung ist indes nur eine vorläufige, sie wird durch eine gesetzliche ersetzt werden, die dem Reichstag erlassen wird. Das Gesetz über die Betriebsräte, das an diesem Abend erarbeitet wird, soll schon bald nach dem Rat der Nationalversammlung beschließen. Hinter dem, was von den sämtlich harteibigen Berliner Metallindustriebetrieben absehenden worden ist, wird dieses Gesetz nicht zurückbleiben können. Die Angestellten im Reich werden also kampflos das erlangen, worum in Berlin vierzehn Tage lang erbittert Kämpfungen worden sind.

Man darf hoffen, daß das dem Streik, der abgewandte Berlin seiner schmerzlichen Geschichte entgegennehmen und das die gleiche Entscheidung bald auch im übrigen Reich geltend machen wird. Die Erkenntnis ringt sich durch, daß nicht zu allererst die Arbeiterkraft einen Gewinn davon hat, wenn die ganze deutsche Volkswirtschaft zu Tode gebracht wird. Die Einigung, daß nur Drogen und Arbeit Rettung bringen kann, markiert sich in Zukunft. Wie sollte sich das viel reiche deutsche Volk für verhalten können?

Die Lage im Reich.

Die Bergarbeiter des Ruhrreviers haben heute die Arbeit fast allgemein aufgenommen. In Düsseldorf herrscht Ruhe und in Wien, wo die Kämpfe Tote und Verwundete geohet haben, ist ebenfalls alles in Ordnung. Quasibona, wo die Kaiserrepublik einzurufen ausgerufen werden sollte, ist von Regierungstruppen besetzt worden. Das Veri. Tagel. nennt sechs aktive Offiziere namentlich, die in München für Sozialisten Dienst tun. Nach demselben Blatt sollen der Volkshauptstadt der Finanzen und kein Geschäft, der bekannte Volkswirtschaftler, im großen Maß die bayerischen Beamten und geben für das belagerte München Dankschreiben an. In Lindau wurde durch Volksabstimmung die Kaiserrepublik mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Bozen und Telesandeburg melden, daß der unter Billigung der Reichsregierung angeordnete Thronrücktritt gegenüber dem

